

Abo **Steigende Gesundheitskosten**

# Notfalls soll der Bund Spitäler schliessen können

Vorstösse verlangen, dass der Bund bei der Spitalplanung mitbestimmt. GLP-Nationalrat Patrick Hässig will gar, dass er das letzte Wort hat. Die Kantone wehren sich.



Markus Brotschi

Publiziert: 29.05.2024, 21:08



«Es braucht bei der Spitalplanung eine neue Rollenteilung zwischen Bund und Kantonen», sagt Patrick Hässig (GLP).

Foto: Keystone

In der Schweiz gibt es 278 Spitäler, ein Drittel davon sind allgemeinmedizinische Krankenhäuser. Die grosse Spitaldichte mache die Gesundheitsversorgung ineffizient und teuer, kritisieren Experten und Gesundheitspolitikerinnen und -politiker.

GLP-Nationalrat Patrick Hässig fordert nun, dass der Bund die Kompetenz zur Spitalplanung erhält, die bis heute vollständig bei den Kantonen liegt. Zwar müssen die Kantone gemäss Krankenversicherungsgesetz die Spitalversorgung schon heute untereinander koordinieren. In der Realität findet diese Abstimmung jedoch kaum statt. «Diese Bestimmungen sind nicht verbindlich genug, damit die Kantone ihre Spitalplanungen effektiv koordinieren», stellt Hässig fest. «Das bewirkt unter dem Strich ein Überangebot und eine Steigerung der Kosten.»

Hässig, der als Pflegefachmann im Stadtspital Zürich arbeitet, will, dass die Spitalplanung neu «vom Bund in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen durchgeführt wird». Die letzte Entscheidungskompetenz soll künftig beim Bund liegen. Unterstützung erhält Hässig von Krankenversicherern. Hässigs Vorstoss gehe in die richtige Richtung, sagt Martin Landolt, Präsident des Kassenverbandes Santésuisse. «Es braucht bei der Spitalplanung eine neue Rollenteilung zwischen Bund und Kantonen.» Der Bund sollte aufgrund festgelegter Kriterien am Schluss die Entscheidungen treffen. (Erholte Ärzte und Chemo to go: Was die Schweiz von Dänemark lernen kann)

## **Kein Bundesdiktat, aber klare Bundesvorgaben**

Hässigs Vorstoss haben auch einige Nationalrätinnen und -räte von SP, Grünen, Mitte und FDP unterschrieben. Zu ihnen gehört Sarah Wyss (SP), die im März vom Bundesrat Vorschläge verlangt hat, um die Kantone zur Koordination der Spitalplanung zu bringen. Ein Drittel der Gesundheitskosten und somit auch ein wesentlicher Teil der Leistungen werde in Spitälern erbracht, begründet Wyss ihr Postulat. Hässig hat die verbindliche Form der Motion gewählt



und verlangt vom Bundesrat die nötigen Gesetzes- und Verfassungsgrundlagen für eine Bundeskompetenz in der Spitalplanung. Auch für Mitte-Nationalrat Lorenz Hess, Mitglied der Gesundheitskommission und Verwaltungsratspräsident der Krankenkasse Visana, muss sich in der Spitallandschaft etwas bewegen. Er unterstützt deshalb Hässigs Vorstoss. Die grosse Zahl von Spitälern sei ein Faktor für die hohen Gesundheitskosten in der Schweiz. Er wolle zwar kein Bundesdiktat, sagt Hess. Aber der Bund müsse Kriterien festlegen, die für die Kantone bei der Spitalplanung verpflichtend seien. Dazu gehöre die Gewährleistung der Grundversorgung, Mindestfallzahlen für Behandlungen und die zulässige Distanz oder Zeit bis zum nächsten Spital.

Gesundheitsökonom Heinz Locher hält die Zuständigkeit der Kantone für die Spitalplanung für überholt. Die Kantone seien gefangen in regionalpolitischen Interessenkonflikten, die Spitalschliessungen schwierig machten. Als jüngstes Beispiel nennt er die Diskussion im Kanton Zürich über die Schliessung des Spitals Wetzikon. Die eigentliche Frage sei nicht, ob es nur noch ein Spital im Zürcher Oberland brauche, sondern ob in der Region ein Zentrumsspital in Rapperswil geschaffen werden solle, das die Regionalspitäler im Umkreis von 20 bis 30 Kilometern ersetze. «Solche Entscheide kann nur der Bund treffen.» Die Kantone seien unfähig zur regionalen Spitalplanung über die Kantonsgrenzen hinweg.

### **«Die Kantone nehmen ihre Aufgabe wahr»**

Ganz anders sehen das die Kantone. «Diese nehmen ihre Aufgabe der Spitalplanung sehr wohl wahr», heisst es in einer Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren. Der Bund sei zu weit weg, um über die Gesundheitsversorgung in den Kantonen zu entscheiden. Die heutigen Mechanismen seien zwar zuweilen komplex, aber demokratisch. «Es wäre unschweizerisch, wenn der Bund Spitäler schliessen dürfte.»

Auch einige Gesundheitspolitiker wie FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt halten eine Bundeskompetenz zur Spitalplanung für den falschen Weg. Besser wäre es, wenn der Bund mit einem Impulsprogramm den Spitälern und Kantonen finanzielle Anreize zu

Spitalfusionen bieten würde, sagt Silberschmidt. Den entsprechenden Vorstoss zur Konsolidierung der Spitallandschaft hat er im März eingereicht.

---

NEWSLETTER

**7 vor 7** Erhalten Sie täglich die sieben wichtigsten News und Geschichten des Tages.

Abonnieren

---

**Markus Brotschi** ist Bundeshausredaktor von Tamedia, Schwerpunkt seiner Berichterstattung ist die Sozial- und Gesundheitspolitik. Er arbeitet seit 1994 als Journalist und Redaktor. [Mehr Infos](#)

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

**36 Kommentare**